

MEDIENINFORMATION

Digitalisierung führt zu neuer gemeinsamen Informatikstrategie

Damit die IT-Basisinfrastrukturen sowie Fach- und Standardanwendungen auf Behördenebene standardisiert werden können, haben die Kantone Nidwalden und Obwalden mit Vertretern der Gemeinden eine neue Informatikstrategie und -vereinbarung erarbeitet. Dadurch werden E-Government-Vorhaben in Zukunft besser koordiniert. Strategie und Vereinbarung gehen nun in beiden Kantonen in die Vernehmlassung.

Die Kantone Nidwalden und Obwalden verfügen über eine Informatikstrategie und haben ihre Zusammenarbeit im EDV-Bereich in der Vereinbarung über das gemeinsame Informatikleistungszentrum geregelt. Die Strategie basiert allerdings auf der Ausgangslage vor rund 12 Jahren, inzwischen hat sich die Technologie verändert und die Gesellschaft ist im digitalen Zeitalter angekommen. Zudem sind die Gemeinden bis heute kein verbindlich integrierter Partner dieser Strategie. Dies soll sich nun ändern. «Wir leben bereits mit der Digitalisierung und die digitale Transformation führt zu fortlaufenden Veränderungsprozessen. Die Verwaltungen auf Kantons-, aber auch Gemeindeebene können und wollen sich diesem Trend nicht entziehen», hält Maya Büchi, Vorsteherin des Finanzdepartementes Obwalden, fest. Zusammenschlüsse zu grösseren Einheiten mit gemeinsamen Strategien und E-Government-Vorhaben werden immer wichtiger. Bisher kann die Standardisierung von IT-Basisinfrastrukturen sowie von Fach- und Standardanwendungen nur schwer umgesetzt werden. «Für die Zukunft ist es wichtig, dass bei digitalen Prozessen in der Verwaltung alle Behördenebenen abgedeckt sind und die Bevölkerung und Wirtschaft miteinbezogen werden. Nur so können Mehrfacherfassungen von Daten und Medienbrüche vermieden werden», erklärt der Nidwaldner Finanzdirektor Alfred Bossard.

Mit dem Ziel, die Entwicklung im Informatikbereich in den Kantonen Obwalden und Nidwalden zwischen Kanton und Gemeinden sowie dem Bund zu koordinieren und künftig besser zu steuern, haben die beiden Kantone in Zusammenarbeit mit den Gemeinden eine neue Informatikstrategie und eine gemeinsame Vereinbarung erarbeitet. Letztere ist notwendig, um einheitliche Regelungen etwa für Informatikprojekte oder den Bezug von IT-Leistungen zu definieren. Die Vereinbarung gilt sowohl für die Kantone als auch die Gemeinden und soll zu nachvollziehbaren und

steuerbaren Entscheidungsprozessen etwa bei der Anschaffung von neuen Anwendungen verhelfen. Dadurch wird der Grundstein für zukünftige E-Government-Projekte, die der Bevölkerung zugutekommen sollen, gelegt.

Die Regierungen von Nidwalden und Obwalden haben den Entwurf der Informatikstrategie und zur Vereinbarung im Informatikbereich in die externe Vernehmlassung gegeben. Eingeladen sind nebst (Schul-)Gemeinden auch die politischen Parteien und öffentlich-rechtliche Anstalten. Die Vernehmlassung dauert bis zum 23. Dezember 2021.